# Beschluss Grün ist: Eine Stadt der Solidarität und des Respekts

| | |
|---|---|
| Gremium: | Grüne Mitgliederversammlung |
| Beschlussdatum: | 14.06.2020 |

## Text

Wir Grünen unterscheiden nicht nach Herkunft oder Geschlecht, nicht nach Alter oder Gesundheit oder nach Höhe des Einkommen. Wir richten unsere Programme, Anträge und Konzepte darauf aus, dass wir alle einbinden und mitnehmen. Das bezieht sich unter anderem auf die Teilhabe an Sport- und Kulturangeboten, an Veranstaltungen oder Feierlichkeiten, und besonders auch auch auf die Möglichkeit - der Mitgestaltung von Entscheidungen der Stadt. Eine Kultur der Solidarität und des Respekts sind die Grundlagen grüner Sozialpolitik.

Nach wie vor leidet Duisburg unter einer hohen Erwerbslosigkeit. Die Auflösung des hohen Anteils an verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit ist misslungen, die Kosten der Armut sind nach wie vor sehr hoch. Das hat zur Folge, dass viele Menschen ausgeschlossen sind und werden. Wir Grüne wollen eine gerechte Stadt. Eine Stadt, die allen Einwohner*innen eine soziale Absicherung und eine einfache gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe ermöglicht.

Bildung ist ein Schlüssel dazu, dass alle Menschen in einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt leben können. Auch die Stabilität unserer Demokratie hängt entscheidend von der Qualität des Bildungssystems ab. Deshalb sorgen wir für eine Qualitätsoffensive für die Kitas und ein Update für die Schule, damit diese gut vorbereitet auf neue Herausforderungen wie die Digitalisierung ist, Teamwork und Eigenverantwortung fördert und die Potentielle aller Kinder zur Entfaltung bringt. Wir wollen verhindern, dass die Coronakrise zu einer Bildungskrise unserer Stadt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Bildungsungerechtigkeiten abzubauen, die sich durch die Pandemie verschärft haben. Jedes Kind hat das Recht auf ein digitales Endgerät, um in Zeiten des Fernunterrichts nicht vom Bildungsprozess ausgeschlossen zu werden. Kostenloses Mittagessen und, wo nötig, kostenloses Frühstück muss zur Verfügung gestellt werden, damit kein Kind mit Hunger in den Unterricht geht. Und nicht zuletzt braucht es ausreichend und modern ausgestattete Schulen und Schulräume, die dem neuen demografischen Wandel und den damit verbundenen Bedarfen einer Gesellschaft gerecht werden, in der Kinder willkommen sind.

Grüne Gesundheitspolitik ist ortsnah und bedarfsgerecht ausgerichtet. Deshalb haben wir uns immer für die Stärkung der kommunalen Gesundheitsämter eingesetzt. Nicht nur die Bekämpfung von Krankheiten hat dabei eine hohe Bedeutung. Eine wichtige Funktion liegt auch in der Prävention, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas verdeutlicht, dass nur durch ehrenamtliches Engagement die Lücken zur Sicherung des Existenzminimums teilweise geschlossen werden können. Sicherlich sind Bund und Land stärker in der Pflicht, die Gerechtigkeitslücken zu füllen und damit die Kommunen wie Duisburg von den hohen Soziallasten zu befreien. Trotzdem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Organisationen wie die Tafeln, die Vereine, die sozialen Organisationen auch kommunal stärker unterstützt werden.

Deshalb brauchen wir einen Schutzschirm für die Kommunen, um die Corona-bedingten Einnahmeausfälle zu kompensieren. In Land und Bund setzen wir uns seit langem für einen kommunalen Altschuldenfonds und eine stärkere Übernahme der Kosten der Unterkunft für Bezieher*innen von Transferleistunen ein, damit die vom Strukturwandel geprägten Städte und Gemeinden zu neuer Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit kommen. Das ist die Voraussetzung, dass Duisburg die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten in allen Bereichen von Bildung über Suchthilfe bis hin zu Obdachlosenhilfe auch weiter leisten und ausbauen kann. Dazu gehört auch, dass wir bessere Konzepte zur sozialen Weiterentwicklung auf den Weg bringen. Beispielsweise für die Entwicklung von Quartieren für das Leben im Alter. Denn wir Grüne beobachten schon lange eine zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich verbunden mit einer Verräumlichung von Armut in benachteiligten Stadtquartieren.

1. Schulraum schaffen und modernisieren

Guter Schulraum ist in Duisburg knapp. Dies führt zu großen und überfüllten Klassen. Kinder können vielfach nicht die Grundschule an ihrem Wohnort besuchen und müssen über weite Strecken mit dem Schulbus zu ihrer Schule gefahren werden. Schülerinnen und Schüler, die sich eine Gesamtschule als weiterführende Schule wünschen, erhalten keinen Platz an ihrer Wunschschule. Viele Schulen sind in einem schlechten Zustand, der mit einem guten Lernklima nicht vereinbar ist. Das wollen wir ändern!

Wir bieten den Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Bildungschancen. Hierzu bauen wir in den kommenden fünf Jahren das Schulraumangebot aus und modernisieren, indem wir Schulen neu bauen, bestehende Schulen erweitern und modernisieren. Die Schulen sollen wohnortnah und leicht erreichbar sein. Guter Unterricht in guten Schulen soll für alle Schülerinnen und Schüler selbstverständlich werden. Es sollen Klassengrößen erreicht werden, die eine positive Lernumgebung und Lernen jenseits klassischer didaktischer Formate ermöglichen.

In Duisburg fehlen aktuell und auf absehbarer Zeit insgesamt zehn Grundschulen. Deswegen

- beginnen wir sofort mit dem Neubau von Grundschulen und erweitern das Angebot an Grundschulen in den nächsten fünf Jahren um vier Grundschulen. Wir beginnen mit dem Neubau in den Stadtteilen, in denen die Raumnot besonders hoch ist. Die dauerhafte Nutzung von Containeranlagen als Schulraum lehnen wir ab.

- sollen mindestens zwei weitere Grundschulen in diesem Zeitraum geplant und auf den Weg gebracht werden.

- sollen die bestehenden Grundschulen, die unter Raumnot leiden, schnellstmöglich baulich erweitert und modernisiert werden.

- werden wir die zeitgemäßen Nutzung von digitalen Werkzeugen zur Unterstützung des Unterrichtes intensiv vorrantreiben. Mit uns gibt es für jede Schule eine einheitliche und geeignete Software für das Lernen und jede Schülerin und jeder Schüler bekommt ein passendes Gerät dafür. Wir fördern die Schüler- und Lehrer-Kompetenz im digitalen Raum.

Bei den weiterführenden Schulen sind Gesamtschulen und Gymnasien besonders beliebt. In Duisburg fehlen aktuell und auf absehbarer Zeit zwei Gesamtschulen. Um den Wunsch der Eltern nachzukommen, sollen:

- zwei weitere Gesamtschulen in den nächsten fünf Jahren neu gebaut werden. Wir wollen mit dem Neubau in den Stadtteilen beginnen, in denen die Nachfrage an Gesamtschulplätzen besonders hoch ist.

- die bestehenden Gesamtschulen, die unter Raumnot leiden, schnellstmöglich baulich erweitert werden.

Schulen sind besonders dann stark, wenn sie in Netzwerke im Stadtteil eingebunden sind. Wir wollenmit einer gut aufgestellten kommunalen Bildungsplanung dafür sorgen, dass diese Potentiale gezielt zur Entfaltung gebracht werden. Wir wollen unsere Schulen dabei unterstützen, sich zu Stadtteil- und Familienzentren zu entwickeln.

2. Mehr offener Ganztag

Der Offene Ganztag bietet neben der Betreuungsmöglichkeit von Kindern alleinerziehender Eltern oder wenn Erziehungsberechtigte berufstätig sind auch die Möglichkeit Kompetenzen zu fördern.

Zurzeit liegt die Zahl der Inanspruchnahme für Duisburg bei nur etwas über 30 Prozent. Das geht einher mit Engpässen bei der Versorgung, wie zum Beispiel in Rheinhausen, wo noch 100 Kinder keinen OGATA Platz haben.

Wir Grünen sorgen für:

- die Einbindung des Ganztags in Gruppen und in Aktivitäten, die stattfinden. Das fördert die Sprachentwicklung und die Sozialkompetenz, die sich positiv auf das soziale Umfeld des Kindes auswirken.

- eine Kooperation zwischen dem Offenen Ganztag und den Jugendverbänden, so dass der Offene Ganztag das vielfältige Angebot der Jugendverbände vor Ort für seine pädagogische Arbeit nutzen kann.

- viele künstlerische, musische und sportliche Angebote. Das trägt auch zur Integration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern bei und stärkt Kinder mit speziellen Förderbedürfnissen.

- ein gutes, kostenloses und gemeinsames Mittagessen im Offenen Ganztag mit mehr biologisch erzeugten Nahrungsmitteln. Die Einkaufs- und Herstellungskosten für die Stadt sollen dabei in heutiger Höhe bleiben. Das ermöglicht allen Schüler*innen gesund und bewusst zu Essen und fördert die soziale Handlungskompetenz.

Wir arbeiten für eine Erhöhung der Betreuungsquote im Offenen Ganztag auf mindestens 65% bis 2025. Dabei muss die Versorgung in allen Stadtteilen gleichmäßig erfolgen. Die Plätze im „verlässlichen Halbtag“ bzw. der „Schule von Acht bis Eins“ bleiben zusätzlich bestehen und sollen an allen Grundschulen angeboten werden.

3. Starke Kitas, Starke Kinder

Der notwendige Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder heißt, dass wir mehr qualifiziertes pädagogisches Fachpersonal benötigen. Die praxisintegrierte Ausbildung (PIA) zur/m staatlich geprüften Erzieher*in ist der beste Weg, Menschen mit einer bereits bestehenden pädagogischen Qualifikation aus- und weiterzubilden, um den hohen Standard in einer Kindertagesstätte zu gewährleisten.

Darüber hinaus werden wir zur Verbesserung der KiTa-, Kindertagespflege- und Hort-Landschaft mit folgenden Maßnahmen beitragen:

- Jedes Kind wird wohnortnah untergebracht.
- Qualifiziertes Personal in städtischer sowie freier Trägerschaft wird sozial gerecht entlohnt.
- Verdopplung der Zahl der praxisintegrierten Ausbildungsplätze.
- Schnellstmöglicher Ausbau der fehlenden U3-Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf.
- Aus- und Neubau von KiTas anstelle der Ausbildung immer neuer Tagespflegekräfte.
- Flexible Betreuungszeiten für Eltern im Schichtdienst.
- Ausbau der Sprachförderung in Kita und Grundschule.
- Beitragsfreiheit für alle bis 2025 und eine kurzfristige Angleichung der KiTa-Beitragstabelle an die OGATA-Tabelle vom 1.8.2020

4. Mehr Duisburg erleben -- Zugang mit der Duisburg-Card

Wir wollen allen Duisburger*innen die Möglichkeit geben, die breiten Angebote unserer Stadt erleben zu können.
Dazu werden wir Grünen eine Duisburg-Card einführen. Sie ermöglicht allen Duisburger Bürger*innen einen einfachen und schnellen Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Angeboten, aber auch zu anderen Angeboten der Stadt. Die Karte beinhaltet eine Reduzierungen von Eintrittspreisen für Haushalte mit geringem Einkommen, schafft eine Übersicht der verschiedenen Möglichkeiten und Angebote, macht den Zugang und die jeweilige Teilnahme ganz einfach, und stärkt damit das Wir-Gefühl der Duisburger*innen. Die Duisburg-Card ist auch ein Schritt für einen Zugang zu einer digitalen Infrastruktur der Stadt für alle.

Die Duisburg-Card öffnet Zugänge, wie z.B. zu den Bibliotheken zu den Museen, städtischen Sportstätten oder Konzertangeboten, verschiedenen Musikveranstaltungen, zu Theateraufführungen, zur Tafel, zu Führungen, Veranstaltungen der Stadt oder zu anderen Veranstaltungen, die sich am Programm beteiligen.

Zu Beginn ist bereits alles auf der Karte, was für die Besitzer*innen kostenfrei ist. Wir ermöglichen, dass später erworbene zusätzliche Berechtigungen auf die Karte gebucht werden können.

- Für Menschen mit geringem Einkommen soll die Karte kostenfreien oder günstigeren Zugang zu allem gewähren, was die Stadt Duisburg zu bieten

hat. Der Karte kann von außen nicht angesehen werden kann, woher die Berechtigungen sind. Die Karte soll diskriminierungsfrei an Berechtigte verteilt werden ohne bürokratischen Aufwand.

- Durch die Eintragungen auf der Duisburg-Card können Einwohner*innen leicht sehen, welche Möglichkeiten in Duisburg angeboten werden Beispielsweise wissen viele Hartz-4-Betroffene nicht, dass sie vergünstigt das Theater besuchen können und das muss dann auch nicht mehr extra auf Papier beantragt werden.Zu Beginn ist bereits alles auf der Karte, was für die Besitzer*innen kostenfrei ist. Später erworbene zusätzliche Berechtigungen können ebenso auf die Karte gebucht werden.

- Die Duisburg-Card wird mit der Duisburg-App verbunden. Dadurch werden die Informationen über alle Angbote mit den Berechtigungen und den Tickets verbunden.

- Kinder und Jugendliche können Zugänge z.B. aus dem Programm Bildung und Teilhabe ebenfalls auf ihre Duisburg-Card buchen lassen. Der Zugang wird so vereinfacht.

- Das Projekt wird im ersten Jahr nach dem Beschluss in einer Basis-Version verwirklicht. Weitere Möglichkeiten kommen Jahr für Jahr hinzu. Dafür braucht es Lesegeräte und Geräte, mit denen Buchungen gemacht werden können.

- Es wird trotzdem einige Jahre dauern, bis die Duisburg-Card vollständig umgesetzt ist - ein Projekt, das ständig fortentwickelt werden wird. Veranstalter*innen, Einzelhändler*innen, Kultureinrichtungen, Sport- und andere Vereine, Städtische Betriebe und Ämter, usw. kurzum alle, die etwas in Duisburg anbieten, werden dazu eingebunden.

5. Zugang und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen

Anfang 2020 beantragten nur 10 Prozent der Berechtigten Unterstützungsleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz ( BuT). Der Grund die hohen bürokratischen Hürden. Wir Grüne möchten allen Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. rbei handelt es sich nicht nur um materielle Armut, sondern auch um gesellschaftliche. Hierzu zählen u.a. die Mitgliedschaft in Sportvereinen, Teilnahme an Musikunterricht, Ausflügen, Stadtranderholung sowie Mittagessen, Lernförderung und viele andere Dinge. Wir Grünen organisieren und finanzieren das. Dazu nutzen wir Programme des Landes und des Bundes. Wir setzen weitere Programme in Duisburg auf. (welche denn?) Doch viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, was ihnen entgeht, viele Eltern wollen die Anträge nicht ausfüllen oder können es nicht. Dabei ist es uns wichtig, dass alle Berechtigten die angebotenen Leistungen diskriminierungsfrei nutzen können.

Für Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen gibt es Geld vom Bund, die sogenannten BuT-Mittel (Bildung und Teilhabe). Die Gelder kommen aber nicht einmal zur Hälfte in den Familien an. Wir schaffen Verfahren, die Kinder entdecken, die Bedarf haben. Wir helfen bei den Anträgen. Das Geld aus dem BuT-Paket setzen wir komplett für die Kinder ein.

Wir wollen:

- die Bearbeitungszeiten auf maximal 4 Wochen senken.
- die Antragstellung für alle Programme vereinfachen.
- in jeder Schule und Kita sollen verantwortliche Person benannt und geschult werden, die Hilfestellungen bei der Antragsstellung und der Koordination mit den Eltern leisten.
- die Familien besser informieren. Dazu soll es neben einer Web-Seite eine mehrsprachige Broschüre geben, die an alle verteilt wird.
- Beratung und Hilfe zu den Programmen für Kinder und Jugendliche an allen Orten geben, an denen die Anträge abgegeben werden müssen.
- die Nutzung der Mittel auf über 90 % steigern.
- einen diskriminierungsfreien Zugang durch Integration in die Duisburg-Card ermöglichen

6. Kommunale Gesundheitspolitik – ortsnah und bedarfsgerecht

Zur Bekämpfung der Pandemie haben sich die kommunalen Gesundheitsämter als wichtige Einrichtung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung bewährt. Doch die schlechte Finanzausstattung vieler Kommunen hat dazu geführt, dass die Besetzung offener Stellen bereits vor der Corona-Krise schwieriger geworden ist. Es braucht aber unter dem Eindruck der Pandemie eine dauerhaft verbesserte finanzielle, materielle und personelle Aufstockung der kommunalen Ebene.

Darüber hinaus sollte eine moderne Gesundheitspolitik Gesundheit fördern und nicht nur Krankheit behandeln. Auch dafür braucht es ausreichend Personal im städtischen Gesundheitsamt.

Spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig gut ausgestattete Krankenhäuser mit Blick auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sind. Hier darf das Gemeinwohl nicht zugunsten von Investoreninteressen aus dem Blick geraten. Die zunehmende Privatisierung im Gesundheitssektor sehen wir deshalb kritisch, denn eine gute und ortsnahe Krankenhausversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht einfach dem freien Spiel der Kräfte des Marktes überlassen werden. Wir wollen, dass die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene hier weiterhin maßgeblichen Einfluss hat. Deshalb müssen dort, wo in den letzten Jahren Gestaltungsmöglichkeiten durch Privatisierungen verloren gegangen sind, diese wiedergewonnen werden. Sollte z. B. der im Wesentlichen von Land und Krankenhausträger ausgehandelte Krankenhausbedarfsplan eine gute Versorgung der Bevölkerung nicht mehr sicherstellen können, werden wir GRÜNE uns für eine Rückführung einzelner Krankenhäuser in die öffentliche Hand einsetzen.

Wie wollen uns daher einsetzen für

- eine dauerhaft höhere Finanzierung der kommunalen Ebene wie Gesundheitsämter
- Attraktivierung der Arbeitsplätze in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge inklusive einer besseren Bezahlung
- Erhalt und Ausbau von Präventionsprogrammen
- Ein Krankenhausbedarfsplan für Duisburg, der sich an den Bedarfen und Erkenntnissen aus der Corona-Pandemie orientiert
- Unterstützung der Mitarbeiter in sozialen Berufen des Gesundheitswesens,
- Einen kommunalen Notfallplan für Krankenhäuser und stationäre Einrichtungen (Material, Personal, Kinderbetreuung, Verpflegung, etc.)

7. Gute Pflege – stark für Duisburg

In der momentanen Situation erkennt die Gesellschaft die Pflege als System-relevant an. Das ist sie jedoch immer schon gewesen nund wird sie immer sein.

Die professionelle Pflege fußt auf der Empathie, das heißt auf der Bereitschaft und Fähigkeit, sich in die Gefühle, Gedanken und die Lage von Menschen hineinversetzen zu können. Nur so können die Pflegenden wirklich für die Menschen da sein.

In der Pflege ist es Arbeitsalltag geworden unter Stress, Unterbesetzung und Überforderung das Beste draus zu machen. Das bloße “Funktionieren” in der Pflege hat an vielen Stellen die Überhand gegenüber qualitativ hochwertiger Versorgung gewonnen. Wir Grünen erkennen, dass die Grundlagen für gute Pflege, also Wertschätzung für die Arbeit der Pflegenden und gute Bezahlung auf kommunaler Ebene gefördert werden muss.

Um die Pflege zu verbessern wollen wir umsetzen:

- Wir erstellen einen verbindlichen Pflegebedarfsplan für Duisburg. Dieser Plan ist notwendig für langfristige Planungen von Investor*innen und von Menschen mit Pflegebedarf. Er ermöglicht zudem eine klare Festlegung von Anforderungen an den Neubau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommune.

- Wir wollen Pflegeeinrichtungen in die Stadtteile integrieren und gute Verbindungen zu Stadtteilzentren, den soziokulturellen Zentren und den Geschäften einrichten. Wir organisieren moderne Pflege so, dass Menschen, die gepflegt werden, Kontakte und Zugänge haben zu dem, was in Duisburg stattfindet. Dazu werden wir umsetzen, dass die Pflegeeinrichtungen nicht mehr wie abgeriegelte Einheiten funktionieren. Es soll Möglichketen geben, regelmäßig Kontakte in die Einrichtungen und hinaus herzustellen.

- Die Pflegeeinrichtungen werden mit uns internationalisiert. Es werden die Sprachen gesprochen, die die Patient*innen/Bewohner*innen/Klient*innen sprechen und es gibt kulturelle Angebote, die den Interessen der Gepflegten Betroffenen nahe kommen. Dem Pflegepersonal wollen wir zudem die Möglichkeit geben, kostenlos Sprachkurse an der VHS zu belegen.

- Zur Unterstützung des ambulanten Pflegepersonals, der Unternehmen in dem Bereich und der pflegenden Familienangehörigen wollen wir eine Vernetzung unterstützen.Wir schaffen gute Beratung für Investor*innen und Trägern und genug Plätze in der Tagespflege. Das entlastet die Pfegenden, insbesondere auch Familienangehörige, die einen großen Teil der Pflegearbeit leisten.

- Psychosoziale Hilfsvereine bekommen von uns mehr Geld, auch der Zugang zu psychosozialen Anlaufstellen soll verbessert werden. In einer Zeit in der vieles unsicher ist und viele Menschen psychisch erkranken wollen wir nicht an den Rand drängen sondern Zusammenhalt schaffen.

8. Streetwork kennt keine Grenzen

Hilfsbedürftigkeit kennt weder Nationalität, Religion, Alter oder Geschlecht. Deswegen arbeiten Duisburger Streetworker*innen hart daran, Hilfesuchenden in den unterschiedlichsten Lebenslagen beizustehen.Trotz erfolgreicher Tätigkeit der Streetworker*innen in Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur, Jobcenter und dem Jugendamt klafft die Schere zwischen den Bezirken auseinander. Hamborn und Marxloh bleiben noch immer unterversorgt.

Wir wollen ein bedarfsorientiertes und flächendeckendes Streetworkingnetz. Daher werden wir:

- mindestens jeweils drei Streetworker*innen in jedem Bezirk für den Jugendhilfebereich einsetzen. 16 Streetworker*innen, verteilt auf sieben Bezirke ist zu wenig, um allen Anliegen der Hilfesuchenden nachkommen zu können.

- mindestens eine Streetworker*in in jedem Bezirk für den Suchthilfebereich installieren. Sie müssen dezentral für die Betroffenen in den Bezirken greifbar sein anstatt in nur einem Stadtteil.

- mindestens eine Streetworker*in in jedem Bezirk für den Integrationsbereich einstellen. Denn knapp 30% der Hilfesuchenden, die einen Streetworker in Anspruch nehmen, sind Menschen mit Migrationshintergrund.

Viele Menschen aus Rumänien und Bulgarien waren zuvor in ihren Herkunftsländern großer Not ausgesetzt. Und auch in Duisburg sind ihre Lebensverhältnisse trotz zahlreicher Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales, Wohnen, Gesundheit und Arbeitsmarktintegration leider nach wie vor äußerst prekär.

- Die projektbezogenen Mittel von 350.000€ aus Landesmitteln, werden wir für 6 Streetworker*innen, 4 Bildungsbegleitungen und 14 Straßenpat*innen verwenden, die mit den Communities arbeiten, aus denen sie selbst stammen. Das ist wichtig, um Sprachbarrieren kleinzuhalten und Vertrauen zu schaffen.

- Neben alltäglicher Hilfe sollen die Streetworker*innen Workshops und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer*innen, Schüler*innen und Eltern anbieten. Außerdem wollen wir proaktive Teilnahme an themenbezogenen Fachtagungen, Symposien und Fortbildungen ermöglichen. Neue Herausforderungen beantworten wir nicht mit Abschottung, sondern mit Hilfe, Weiterentwicklung und Verständigung.

9. Suchtkrankheiten: Hilfe leisten, statt verdrängen

Sucht ist Teil jeder Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt: Wer Probleme mit Drogen hat, der braucht unsere Hilfe. Kriminalisierung und Verdrängung schaden letztlich allen. Wir setzen uns daher für eine städtische Suchthilfe ein, die die Menschen im Mittelpunkt hat.

Wir wollen daher:

- Die vorhandenen Einrichtungen der Suchthilfe weiter fördern, die Mittel im Haushalt verstetigen und erhöhen.
- Projekte zur Suchtprävention wollen wir stärker fördern und ausbauen, sowie die Zielgruppe erweitern.
- Einen Drogenkonsumraum in der Nähe des Kantparks einrichten. Der Raum soll Suchtkranken ermöglichen, diskriminierungsfrei zu konsumieren, Zugang zu Essen und Trinken sowie Dusch- und Waschmöglichkeiten zu bieten.

Dadurch werten wir den Kantpark dauerhaft auf, denn die Belastung der Öffentlichkeit durch Konsum auf öffentlichen Plätzen oder das achtlose Wegwerfen gebrauchter Spritzen wird deutlich reduziert.

10. Sozialer Wohnungsbau und Mietenpolitik

Lebensqualität bedeutet auch, dass man frei wählen kann, wo man leben möchte.

Duisburg fehlt es zur Zeit nicht an Wohnraum, doch der bestehende wird immer knapper und in vielen Stadtteilen steigen die Mieten. Doch noch ist es nicht zu spät, die Bremse zu ziehen.

- Wir wollen einen Anstieg der Mietpreise dauerhaft unterbinden, in dem wir anstreben 50% des Wohnraums in die öffentliche Hand zu bringen. Dazu wollen wir:
- Das Vorkaufsrecht der Kommunen nutzen, um Wohngebäude, die auf dem Markt landen, anzukaufen
- Mithilfe der städtischen Baugesellschaft Gebag zusätzlichen Wohnraum, vor allem im unteren und mittlerem Preissegment schaffen
- Gezielt Möglichkeiten des Ankaufsprogramm des Landes nutzen, um Schrottimmobilien zu kaufen und aufzuwerten

Um das Wohnen in Duisburg weiter bezahlbar und lebenswert für alle zu machen, wollen wir darüber hinaus:

- Bei jedem Neubaugebiet 30 % sozialen Wohnungsbau festschreiben
- Jedes Neubaugebiet soll in ein Konzept zur Quartiersentwicklung integriert werden
- Einen hohen Anteil barrierefreier Wohnungen in jedem Neubaugebiet schaffen
- Dabei Hilfe leisten bestehende Wohnungen zu renovieren und zu sanieren.
- Die Sanierungsrate auf mindestens 2,5% anheben.

11. Schrottimmobilien aufwerten, Wohnungslosigkeit bekämpfen

Die Stadt Duisburg war jahrelang Vorreiter bei der Bekämpfung der Wohnungslosigkeit. Doch jetzt sind die entsprechenden Programme bedroht. Zusätzlich kommen Zugewanderte nur schwer an gute Wohnungen und fallen häufig in die Hände von ausbeuterischen Vermieter*innen, die mit Schrottimmobilien das schnelle Geld verdienen wollen. Häufig werden solche Häuser geräumt, ohne dass es einen Plan gibt: Weder für die Menschen noch für die Häuser.

Um diesen Zustand zu beenden wollen wir:

- Gute Projekte wie zum Beispiel "108 Häuser" für Duisburg wollen wir unabhängig von einer Finanzierungszusage des Landes weiter betreiben. Die Kosten sollen sich Stadt und Gebag teilen.
- Geflüchtete sollen möglichst schnell in eigene Wohnungen vermittelt werden.
- Dafür wollen wir eine Wohnberatungsstelle schaffen. Diese Stelle soll mit den Vermieter*innen kommunzieren, um Wohnungen für eine zügige Vermittlung zu finden. Sie soll aber auch die Taskforce „Schrottimmobilien“ dabei unterstützen, Problemfälle zu finden. Bewohner*innen sollen dann vor der Räumung neue Wohnungen vermittelt werden. Die Beratungsstelle soll auch ein Ansprechposten für Vermieter*innen sein.
- Vermieter*innen von Schrottimmobilien sollen konsequent belangt werden.
- Eine Räumung von Schrottimmobilien soll in Zukunft nur dann möglich sein, wenn ausreichend Ersatzwohnraum für die Bewohner*innen zur Verfügung gestellt wurde. Die geräumten Immobilien sollen instandgesetzt oder durch neue Häuser ersetzt werden. Die geräumten Bewohner*innen sollen ein Recht auf Rückkehr bekommen.